



PRESSEKONFERENZ

- **Aktionsplan gegen Drogen als Chance für Linz**

- **Initiativen der ÖVP Linz für die kommende Gemeinderatssitzung**
 - **Vize-Bürgermeister Bernhard Baier**
 - **Klubobmann Martin Hajart**

Dienstag, 24. September 2019

10.00 Uhr

OÖ Presseclub, Gewölbesaal

Kampf gegen Drogen: Nach 3 Jahren wird ÖVP-Initiative für Linzer Aktionsplan gegen Drogen umgesetzt

ÖVP-Appell: Aktionsplan gegen Drogen als gesellschaftspolitische Chance begreifen – „Frankfurter Weg“ und „Wiener Sucht- und Drogenstrategie“ als Vorbild nehmen

3232 Drogendelikte wurden im Jahr 2018 in Linz laut Kriminalstatistik des Innenministeriums angezeigt. Das ist gemessen an der Bevölkerungszahl der mit Abstand höchste Wert aller Landeshauptstädte und resultiert nicht zuletzt aus den rigorosen Kontrollen unserer Polizei. Laut Innenministerium beziehen sich österreichweit mehr als 90 Prozent der Anzeigen nach dem Suchtmittelgesetz auf Konsumenten (§ 27 SMG). Knapp zehn Prozent der Anzeigen richten sich gegen die Drogenhändler (§ 28 SMG).

Die ÖVP Linz hat sich in den vergangenen drei Jahren immer wieder für eine Gesamtstrategie im Kampf gegen Drogen in der Stadt eingesetzt, um die diesbezügliche Suchtproblematik nicht nur oberflächlich zu behandeln, sondern diese an der Wurzel zu packen. Dafür braucht es eine ganzheitliche Sicht auf die vielschichtige Problematik. *„Dabei haben wir immer gesagt, dass es eine Kombination aus repressiven Maßnahmen durch die Exekutive gleichermaßen braucht, wie Maßnahmen der städtischen Sozial- und Gesundheitspolitik“*, so der Linzer Vizebürgermeister **Bernhard Baier**.

Dass nun ein Linzer Aktionsplan gegen Drogen entwickelt werden soll, wurde auf Antrag der ÖVP Linz im letzten Gemeinderat vor dem Sommer, am 4. Juli 2019, mehrheitlich beschlossen. Dies aufgrund eines – zu goutierenden – Meinungsumschwungs in der Linzer FPÖ. Lediglich die SPÖ hat dagegen gestimmt. Für die Volkspartei ein wichtiger Meilenstein, nachdem diese seit drei Jahren zahlreiche Initiativen gegen die Drogenproblematik in der Stadt stellte.

„Eine Gesamtstrategie im Kampf gegen Drogen ist eine gesellschaftspolitische Chance für Linz. Schließlich beginnt Drogen-Prävention bereits im Kindesalter. Jetzt geht es darum, was die Stadt aus dieser Chance macht“, sagt **Vize-Bürgermeister**

Bernhard Baier, der vorschlägt, sich an „Best-Practice“-Beispielen zu orientieren. Etwa an der deutschen Stadt Frankfurt, die schon in den 80er und 90er Jahren eine Vorreiterrolle in diesem Bereich eingenommen hat. Oder an der Bundeshauptstadt, welche seit 1999 über ein eigenes Drogenkonzept und seit 2013 über eine gesamtheitliche „Wiener Sucht und Drogenstrategie“ verfügt. Beide Städte weisen über umfangreiche Erfahrungswerte und Expertisen auf. *„Ideal wäre es, sich hier die besten Maßnahmen herauszupicken und auf Linz umzulegen“*, so **Baier**.

Die ÖVP Linz hat sich bereits vor zwei Jahren selbst in Wien einen Einblick verschafft und die Sucht- und Drogenkoordinationsstelle der Stadt Wien besucht. *„Wichtig ist nun, dass alle Verantwortlichen an einem Strang ziehen und gemeinsam Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen sowie den Lebensraum Stadt übernehmen“*, spricht sich **Baier** für eine gemeinsam erarbeitete fundierte Drogenstrategie sowie eine regelmäßige Abstimmung der Interessensvertreter und Experten aus.

Der „Frankfurter Weg in der Drogenpolitik“

Der „Frankfurter Weg“ wurde angesichts der zugespitzten Drogenproblematik in den 1980er und 1990er Jahren entwickelt. Frankfurt ist seit Jahren drogenpolitisches Vorbild für viele Kommunen auch außerhalb Deutschlands. Mit der Frankfurter Drogenpolitik konnte eine deutliche Reduzierung der Drogentodesfälle auf ein Fünftel seit 1991 erreicht, die psychosoziale und gesundheitliche Situation vieler Abhängiger verbessert, aber auch im sicherheits- und ordnungspolitischen Bereich deutliche Verbesserungen erzielt werden. Dies bedeutet sowohl einen Rückgang des Drogenhandels als auch der Beschaffungskriminalität in der Drogenpolitik der Stadt Frankfurt. Es werden sowohl der Schutz der Bürgerinnen und Bürger als auch die Reduzierung des Schadens für die Drogenkonsumierenden als wichtig angesehen. Repressive Maßnahmen, die sich gegen den Handel mit illegalen Drogen richten, nicht gegen die Drogenkonsumierenden selbst, sind eng verknüpft und abgestimmt mit gesundheits- und sozialpolitischen Maßnahmen. Einen wesentlichen Bestandteil haben darüber hinaus das jährlich durchgeführte Drogenmonitoring und die Maßnahmen, die das Drogenreferat im Bereich der Suchtprävention und Frühintervention entwickelt hat.

Ziele der Frankfurter Suchtprävention:

1. Förderung von Lebens- und Risikokompetenz
2. Verhinderung bzw. Verzögerung des Einstiegs
3. Früherkennung und Frühintervention
4. Reduzierung riskanter Konsummuster

„Am Vorbild Frankfurt sehen wir: Ein wichtiger Teil der Gesamtstrategie muss eine bessere Vernetzung der einzelnen Institutionen mit der Politik und Exekutive sein“, so **Baier**. In Frankfurt hat man zu einer verbesserten Koordinierung der Drogenpolitik die „Montagsrunde“, die „Freitagsrunde“ und den „Arbeitskreis Jugend, Drogen und Suchtprävention“ eingeführt hat:

- Die Montagsrunde ist ein vom Oberbürgermeister eingesetztes politisches und fachspezifisches Gremium zur Beratung des Magistrats in Fragen zur Drogenproblematik.
- Die Freitagsrunde ist ein Abstimmungsgremium für die operative Ebene zwischen Polizei und Sozialarbeit. Sie tritt (mittlerweile nur mehr) vierteljährlich zusammen da mittlerweile viele "kurze Wege" zwischen den einzelnen Institutionen installiert werden konnten.
- Im Arbeitskreis Jugend und Suchtprävention des Drogenreferats arbeiten alle Ämter und Einrichtungen zusammen, die in Frankfurt in der Suchtprävention und Frühintervention tätig sind.

Wiener Sucht- und Drogenstrategie:

Zudem kann man sich aus Sicht der ÖVP-Linz am Vorbild der Wiener Sucht- und Drogenstrategie 2013 orientieren. Das vom Wiener Gemeinderat beschlossene Wiener Drogenkonzept von 1999 bildete die Basis dafür. Auf knapp 100 Seiten wird auf die vielen Facetten der Sucht- und Drogenproblematik eingegangen, und wie man seitens der Bundeshauptstadt darauf reagieren möchte. Im Wesentlichen liegt dem folgende Struktur zu Grunde:

1. Prävention
2. Beratung, Behandlung, und Betreuung
3. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und soziale (Re-)Integration
4. Öffentlicher Raum und Sicherheit

Linzer Spezifika analysieren und notwendige, wenn auch unangenehme Maßnahmen ergreifen:

Die Linzer Sucht- und Anti-Drogenstrategie soll fundiert auf die unterschiedlichen Zielgruppen eingehen:

- angefangen bei Kindern und Jugendlichen (Thema „Sucht-Prävention“),
- über Frauen und Männer mit ihren jeweils unterschiedlichen Problemlagen, die mit der Sucht einhergehen (Themen „Sucht und Kriminalität“, „Sucht und Prostitution“,...),
- über Menschen mit Migrationshintergrund, die Drogenprobleme haben (Thema „Sucht und Ausgrenzung“),
- bis hin zu älteren Menschen, die drogenabhängig sind (Thema „Sucht und Pflege“).

Dabei wird man auch über unangenehmen Themen sprechen müssen, die bislang nicht offen diskutiert wurden. Hier lediglich zwei Beispiele:

- **Verbesserte Möglichkeiten zum Spritzen- und Löffeltausch:** Gebrauchte Spritzen, Löffel, Steri-Cups (Einweglöffel) und Aufsteckfilter sollen bei mehreren „Umtauschautomaten“ in Linz gegen steriles Material getauscht werden können, bzw. soll man bei Automaten steriles Material kaufen können. Dies soll Krankheiten bei Süchtigen entgegenwirken, sowie auch die Gefahr von sorglos weggeworfenem Material auf Toiletten, in Mülleimern oder Spielplätzen minimieren.
- **Engpässe bei der Substitution verringern:** Die Substitutionsbehandlung ist für viele Suchtkranke ein gangbarer Weg in ihrer Misere. Es besteht jedoch ein

Mangel an verschreibenden bzw. bevollmächtigten Ärztinnen und Ärzten, mittlerweile weniger als eine Hand voll in Linz. Dem muss seitens der GKK/ÖGK entgegengewirkt werden.

Sport als wichtiger Präventionsfaktor gegen Drogen

Aus Sicht der ÖVP Linz muss dem Sportbereich als Präventionsmöglichkeit ein Teil der Gesamtstrategie der Stadt Linz im Kampf gegen Drogen gewidmet werden. Denn wenn der Nachwuchs einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachgeht, muss die Sozialpolitik im Nachhinein auch nicht die Versäumnisse der Vergangenheit ausbaden. Sport stellt einen wichtigen gesellschaftlichen Anker und eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung dar. *„Besonders Kinder und Jugendliche können durch das Ausüben einer Sportart oder ein organisiertes Vereinsleben, Teamfähigkeit und Zusammenhalt erfahren. Sport dient der Selbstwert- und Körperbewusstseins-Steigerung sowie der Steigerung der Achtsamkeit auf den eigenen Körper“*, so

Klubobmann Martin Hajart

Appell an die städtische Sozialpolitik

Die SPÖ stimmte beim Antrag zur Entwicklung einer städtischen Drogen-Strategie nicht zu. Dennoch appelliert die ÖVP, sich dem Prozess nun nicht zu verschließen. Bei der Drogenproblematik handelt es sich nicht per se um ein urbanes Problem, jedoch tritt dieses in der Stadt verstärkt auf. Hier muss die städtische Sozialarbeit hinschauen und Maßnahmen setzen.

„Auch wenn die drogenfreie Stadt realistischerweise ein Wunschtraum bleiben wird, müssen gemeinsame Schritte im Kampf gegen den Missbrauch von Suchtmitteln und der damit einhergehenden Kriminalität gesetzt werden. Das Hin- und Herschieben des Problems zwischen unterschiedlichen Ebenen bzw. Organisationen soll nun ein Ende haben“, so **Baier** zuversichtlich.

Aktuelle Initiativen der ÖVP im kommenden Gemeinderat:

➤ **GR-Antrag für Nahverkehrsmilliarde gegen den Stau:**

Im Gemeinderat setzt sich die ÖVP für eine Städtebundinitiative für eine Nahverkehrsmilliarde des Bundes ein. Angesichts der Klimakrise, angesichts der enormen Staus, die den Wirtschaftsstandort Linz mit einem volkswirtschaftlichen Schaden von jährlich mindestens 163 Millionen Euro belasten und angesichts der Bedeutung für die Lebensqualität, die dem öffentlichen Verkehr in einer Stadt zukommt, werden und sollen die Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, die finanziell größte Herausforderung für Linz in den nächsten Jahren sein.

➤ **GR-Anfrage zur plötzlichen Räumung der Kleingartensiedlung in Pichling:**

Laut medialer Berichterstattung seien die Pächter der liebevoll gestalteten Kleingartensiedlung in der Oidener Straße in Pichling Anfang August 2019 ohne Angabe von Gründen vom Magistrat in Kenntnis gesetzt worden, dass ihnen die Nutzungsvereinbarung ihres Schrebergarten-Grundstücks mit 31. Dezember 2019 gekündigt werde und der Garten in ursprünglichem Zustand der Stadt Linz zurückzugeben sei. Daraus ergeben sich viele offene Fragen und Ungereimtheiten, schließlich ist für viele Pächter die Kleingartensiedlung über Jahrzehnte zu einem wichtigen, persönlichen Lebensumfeld und Naherholungsgebiet geworden.

1. Weshalb wurden die Nutzungsvereinbarungen der zur Nutzung als Grabeland überlassenen Teilflächen des Grundstücks 1449 in der Oidenerstraße (KG Pichling) widerrufen?
2. Warum sind die Gartenhütten der Kleingartenanlage im rechtswirksamen Bebauungsplan als zum Abbruch bestimmt ausgewiesen?
3. Infrastrukturreferent Vbgm Hein ist in diesem Zusammenhang in den Medien zitiert, dass die Gartenhütten auf diesem Areal nicht rechtmäßig stehen würden. Gab es Fälle, in denen die Stadt Linz Teilflächen der Kleingartenanlage samt bereits darauf befindlicher Gartenhütten zur Nutzung an Pächter überlassen hat, wodurch diese jedoch auf eine vermeintliche entsprechende Rechtmäßigkeit vertraut haben?

4. Gibt es eine Möglichkeit, dass die betroffenen Pächter ihren Pachtvertrag behalten können?

➤ **GR-Anfrage zum Radwegebudget:**

FPÖ-Vizebürgermeister Hein kritisiert aktuell das Linzer Luftpaket (das er selbst mitverhandelt und am 3.7.2019 bei einer Pressekonferenz präsentiert hat). Darin enthalten ist als ein maßgeblicher Punkt die Forcierung der Radinfrastruktur in Linz.

Aktuell – etwa 2 Monate danach – kritisiert Hein das Luftpaket mit dem Argument, „dringend benötigte Gelder für den Radverkehr würden nicht freigegeben“ (Zitat in den OÖN vom 18.09.2019). Die Kritik der ÖVP Linz: *„Es ist Vbgm Hein selbst, der in den letzten 3 Jahren knapp EINE HALBE MILLION EURO aus dem Radwege-Budget nicht ausgeschöpft hat“*, so Klubobmann **Martin Hajart**. Zudem wurde sein vor wenigen Jahren noch umjubeltes Prestigeprojekt „Radwende“ Ende 2018 sang und klanglos eingestellt.

➤ **GR-Antrag Motorikpark:**

„Mit der Errichtung eines Motorik-Parks in Linz soll die Stadt als Spielwiese für den Outdoorsport weiterentwickelt werden, um so auch der Bewegungsarmut in der Bevölkerung, insbesondere jener bei Kindern, den Kampf anzusagen“, erklärt **Klubobmann Martin Hajart**. Das bereits in vielen Städten umgesetzte neuartige Konzept eines Sport- und Bewegungsparcours in der freien Natur hat das Ziel, Motorik und Koordination zu fördern. Dieses spezielle Bewegungs-Angebot soll die ganze Familie ansprechen, quer durch alle Altersschichten – vom Kind bis zu den Großeltern. *„Denn Bewegung wirkt sich erwiesenermaßen nicht nur nachhaltig positiv auf unser Gesundheitssystem aus, Sport ist persönlichkeitsbildend, ein Wertevermittler und ein wichtiges Bindeglied unserer Gesellschaft über Kulturen, Gesellschaftsschichten und Alter hinweg.“*

Wie wichtig Bewegung ist, zeigen auch aktuelle Studien auf: Denn fast jeder dritte Drittklässler und jede vierte Drittklässlerin in den österreichischen Volksschulen ist übergewichtig. Das zeigen Daten der Ende 2017 veröffentlichten ersten Österreicherhebung im Rahmen der Childhood Obesity Surveillanceauf Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die WHO

hat aber auch ermittelt, dass sich generell ein Drittel der österreichischen Bevölkerung weniger als 150 Minuten pro Woche bewegt. Alarmierend! Denn laut der Linzer Neurowissenschaftlerin Manuela Macedonia verbessert Bewegung die Produktion von Gehirnzellen. Durch Sport werden psychische Krankheiten wie Depressionen oder Burnout vermieden und spätere Demenzerkrankungen vorgebeugt.

Was die Finanzierung des Linzer Motorik-Parks betrifft, so soll die Möglichkeit der Finanzierungsbeteiligung des Landes OÖ in Anspruch genommen werden. Um die Kosten insgesamt verträglich zu gestalten, könnte – sobald ein Standort ausgewählt ist – eine Realisierung in Etappen geprüft werden.

Am vor zweieinhalb Jahren (April 2017) eröffneten und gut frequentierten Fitnesspark (Calisthenic-Park) an der Donaulände in Urfahr sieht man, dass neue Linzer Sportangebote sehr gut von der Bevölkerung angenommen werden. Im Sinne des Breitensports soll auf dieser positiven Erfahrung aufgebaut und das Angebot weiterentwickelt werden.

➤ **GR-Antrag der Aufklärerallianz zur Meldewesen-Causa:**

„Mit dem neuerlichen Schulterschluss von ÖVP, Grünen und NEOS für eine Kontrollamts-Prüfung in der Linzer Meldewesen-Causa haben wir einen wesentlichen Schritt in der Aufklärungsarbeit gesetzt“, so Klubobmann **Martin Hajart**. Denn seit eineinhalb Monaten fordert die Aufklärerallianz eine volle Aufklärung der Hintergründe und eine Stellungnahme vom Bürgermeister rund um die Ungereimtheiten in der Anfang Juli aufgetauchten Linzer Meldewesen-Causa. Da es bis dato keine schlüssige Erklärung des Bürgermeisters gab, setzen ÖVP, Grüne und NEOS nun den nächsten Schritt in der Aufklärung und erteilen dem Kontrollamt einen Prüfauftrag rund um die Anzeigen-Explosion im Linzer Rathaus im Bereich des Meldewesens. Schließlich deutet alles auf einen gravierenden Systemfehler und damit auf ein komplettes Organisationsversagen im Magistrat hin, das massive Parallelen zur Linzer Aktenaffäre rund um 3.000 nicht erledigte bzw. verschleppte Verwaltungsstrafen aufweist. In beiden Abteilungen war offensichtlich aufgrund von Personalmangel kein ordnungsgemäßer Vollzug der Gesetzeslage

gegeben. In der Aktenaffäre ermittelt bekanntlich die Staatsanwaltschaft. Hintergrund ist Personalnot im Linzer Rathaus! ÖVP, Grüne und NEOS halten fest, dass es sich keinesfalls um eine Pauschalverurteilung der Mitarbeiter im Magistrat handle, sondern die Gemeinderäte mit der Erteilung eines Prüfauftrages an das Kontrollamt ihrer Kontrollaufgabe nachkommen.

Der Antrag an Bürgermeister Luger wurde mit 22 Unterschriften der Aufklärerallianz und damit dem benötigten Stimmenanteil von einem Drittel der Gemeinderäte eingebracht. Dementsprechend wird nun die geforderte Prüfung auch ohne Gemeinderatsbeschluss verpflichtend und unverzüglich durchgeführt. Der eingebrachte Antrag auf Kontrollamtsprüfung umfasst die finanziellen, personellen und organisatorischen Entwicklungen im Meldewesen für den Bereich Anzeigen und Verwaltungsstrafen.